



LANDTAG: MÜNDL. ANFRAGEN SCHRIFTL. ANFRAGEN **ANTRÄGE** REDEN TEAM & KONTAKT

anträge

suche

enter

>>>

2005-09-29 09:00

dringlichkeitsantrag gegen gentechnik

Betrifft: Weitere Absicherung der gentechnikfreien Landwirtschaft in Kärnten

Antragsteller/in: Mag.a Barbara Lesjak, KO Rolf Holub, KO Ing. Kurt Scheuch, Roland Zellot, Dr. Peter Kaiser, Hans-Peter Schlagholz

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

"Die Landesregierung wird aufgefordert unverzüglich alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Sicherstellung der dauerhaften Existenz einer gentechnikfreien Landwirtschaft in Kärnten zu gewährleisten. Insbesondere wird die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung, insbesondere an den BM für Landwirtschaft heranzutreten, um sicherzustellen, dass zur Teilnahme am neuen ÖPUL-Programm ab 2007 der Verzicht von gentechnisch verändertem Saatgut als Grundvoraussetzung verankert wird."

Begründung:

Da das neue ÖPUL-Programm als Teil des österreichischen Programms Ländliche Entwicklung 2007-2013 bereits im Dezember beschlossen werden soll, ist dem Antrag Dringlichkeit zuzuerkennen.

Mit dem Fall des de-facto-Moratoriums für das Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der EU und den laufenden Zulassungen von GVO als Saatgut, Lebens- oder Futtermittel hat der Einsatz der Agro-Gentechnik in der EU begonnen.

Die relativ kleine Struktur der österreichischen Landwirtschaft, der große Anteil an ökologisch sensiblen Gebieten sowie die bundesweite Streuung der Biobetriebe lassen eine Freisetzung von gentechnisch veränderten Kulturen nicht zu, ohne die gentechnikfreien Betriebe in ihrer Existenz massiv zu gefährden. Das von der EU-Kommission und der Gentechnik-Industrie viel beschworene friedliche Nebeneinander ("Koexistenz") von Betrieben, die die Gentechnik anwenden und solchen, die darauf verzichten, ist nicht möglich. Denn für GVO-frei wirtschaftende Betriebe kann eine Kontamination ihrer Felder existenzvernichtend sein. Für die Koexistenz von gentechnikfreier und GVO-Produktion wäre mittelfristig der Aufbau von zwei getrennten Produktionsschienen notwendig, die von der Saatgutproduktion über Anbau und Ernte bis zur Vermarktung reichen und enorme Kosten für alle (!) landwirtschaftlichen Betriebe bedeuten würden.

Eine zusätzliche Möglichkeit zur Vermeidung der Kontaminierung der gentechnikfreien Landwirtschaft durch GVO's bietet sich im Rahmen des

die grünen im landtag

Seit der Landtagswahl im März 2004 sind die Grünen auch im Kärntner Landtag vertreten.

20 Jahre nach dem erstmaligen Einzug einer Grünen Landtagsfraktion in Vorarlberg sind die Grünen somit österreichweit in allen 9 Landtagen vertreten.

Rolf Holub und Mag. Barbara Lesjak bilden die Grüne "Interessensgemeinschaft" im Landtag.

Österreichischen Programms für eine umweltgerechte Landwirtschaft (ÖPUL) an. Mit einem Verzicht auf gentechnisch verändertes Saatgut als Grundvoraussetzung für die Teilnahme an diesem Programm könnte ein Großteil der österreichischen Landwirtschaft gentechnikfrei gehalten werden. Laut Grünem Bericht 2004 nehmen in Österreich 78% der Betriebe mit 89% der landwirtschaftlichen Fläche am ÖPUL teil. Rund 42 Millionen Euro wurden im Jahre 2003 an die Kärntner ÖPUL-TeilnehmerInnen an Fördermitteln ausbezahlt.

Derzeit finden im Rahmen der Erstellung des Programms Ländliche Entwicklung 2007-2013 Verhandlungen über die Weiterführung und die Inhalte des landwirtschaftlichen Umweltprogramms ÖPUL statt. Über die Arbeitsgruppe "Agrarumwelt- und Tierschutzmaßnahmen" sind die Landwirtschafts- und die Umweltabteilung der Kärntner Landesregierung in den Programmprozess eingebunden.

Angesichts der Bedeutung dieser Fördermaßnahme für Landwirtschaft und Umwelt in Kärnten erscheint es zweckmäßig zu sein, die Umweltausgaben im neuen ÖPUL-Programm an den Verzicht auf Gentechnik-Saatgut zu binden. Damit würden auf einen Schlag 90% der landwirtschaftlichen Fläche gentechnikfrei bleiben. Für die landwirtschaftlichen Betriebe könnten so enorme Kosten vermieden werden, die andernfalls für Koexistenzmaßnahmen anfallen würden. Gentechnisch veränderte Pflanzen bieten ein ökologisch und gesundheitlich untragbares Risiko, eine Förderung unter dem Titel "Umweltschutz" muss daher ausgeschlossen sein.

[↑ top](#) [landtag fenster schliessen](#)



© Die Grünen Kärnten, 2004/05 . kaernten@gruene.at